

## "Der Basar Europa öffnet seine Pforten" in Die Welt (4. Oktober 2003)

**Quelle:** Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 04.10.2003. Hamburg: Die Welt.

**Urheberrecht:** (c) Die Welt

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"der\\_basar\\_europa\\_offnet\\_seine\\_pforten"\\_in\\_die\\_welt\\_4\\_oktober\\_2003-de-ceab19d0-98e4-4f9b-bd4f-02fee9c92cf9.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Der Basar Europa öffnet seine Pforten

### Regierungen verhandeln in Rom über Verfassung – Änderungen wahrscheinlich – Streit zwischen Schröder und Aznar

VON KATJA RIDDERBUSCH

**Rom** – Nur wenig mehr als drei Monate hat es gebraucht, um die europäische Gemütslage gründlich umzustülpen: Herrschte auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki Ende Juni noch kollektive Euphorie angesichts des frisch vorgelegten Entwurfs für die erste Verfassung Europas, so gehört es jetzt beinahe zum guten Ton, möglichst laut nach möglichst vielen Änderungen an dem Verfassungsentwurf zu rufen. Am heutigen Samstag eröffnen in Rom die Staats- und Regierungschefs der 25 gegenwärtigen und zukünftigen EU-Staaten die Regierungskonferenz. In den kommenden Monaten, spätestens aber bis Mai 2004, wollen sie die Endfassung der europäischen Verfassung aushandeln.

Resignation scheint diejenigen ergriffen zu haben, die lange Zeit tapfer dafür plädierten, keine grundsätzlichen Neuverhandlungen über den Entwurf anzustrengen. Das Mantra von Bundesaußenminister Joschka Fischer – "Wer das Paket aufschnürt, muss dafür sorgen, dass er es wieder zubekommt" – war in der vergangenen Woche leiser geworden. Auch ein Treffen zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Spaniens Ministerpräsident Jose Maria Aznar in Berlin brachte keine Annäherung. Spanien zählt zu den Kritikern des Verfassungsentwurfs. "Es ist kein Geheimnis, dass wir in der Frage der Stimmengewichtung unterschiedlicher Meinung sind", sagte Schröder nach dem Treffen. Beide stimmten immerhin darin überein, dass der Prozess zur europäischen Verfassung bis Dezember erfolgreich abgeschlossen werden sollte.

Tatsächlich waren die Frontlinien vor der Regierungskonferenz klar gezogen: 16 kleinere und mittlere Staaten, darunter alle zehn EU-Beitrittsländer, haben unter Führung Österreichs, Spaniens und Polens Mängellisten und Wunschkataloge vorbereitet, die sie in Rom auf den Tisch legen wollen. Ganz oben auf der Änderungsliste steht die Zusammensetzung der EU-Kommission, die Stimmengewichtung in einer erweiterten EU und das Amt eines EU-Präsidenten. Der harte Kern der Kritiker – die Regierungschefs aus Österreich, Tschechien, Ungarn, Finnland, Slowenien, Malta und Litauen – forderte unmittelbar vor der Konferenz in einem Brief an Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, den gesamten dritten Teil des Verfassungspaketes neu zu verhandeln: Dieses betrifft sämtliche Entscheidungsverfahren im Rat.

Die EU-Kommission schlägt vor, das Kollegium aus 25 stimmberechtigten Kommissaren in Arbeitsgruppen aufzuteilen. Und auch die Berliner Opposition hat sich zu Wort gemeldet: CDU und CSU wehren sich gegen europäische Regelungskompetenz in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Energiepolitik und Daseinsvorsorge. Die FDP forderte Nachbesserungen in der Wirtschafts- und Ordnungspolitik.

Auf der anderen Seite stehen die EU-Gründerstaaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande, unterstützt von der italienischen EU-Ratspräsidentschaft und, wenn auch halbherzig, von Großbritannien, die das Verfassungspaket mit allenfalls redaktionellen Änderungen durch die Regierungskonferenz winken wollen.

Trotz aller Rufe nach Änderungen, trotz Briefen und Wunschlisten, zeichnete sich nach Einschätzung von EU-Diplomaten bereits im Vorfeld der Regierungskonferenz ein "Brüsseler Weg" ab, der heißt: Man erhandle sich einen Kompromiss. So trafen sich abseits des EU-Außenministertreffens zu Wochenbeginn die Gründerstaaten der EU und berieten über eine gemeinsame Initiative zur Rettung des Verfassungsentwurfs. Diese könnte folgendermaßen aussehen: Die großen EU-Staaten geben den Forderungen der Kritiker in einem, vielleicht zwei wesentlichen Punkten nach, wahrscheinlich bei der Frage der Zusammensetzung der Kommission. Im Gegenzug sollen dann die Kritiker ihre übrigen Änderungswünsche zurückziehen. "Die Fokussierung auf wenige Änderungspunkte könnte ein Hebel sein, um die Kritiker zu befrieden", vermutet der EU-Parlamentarier Elmar Brok, der einer der Wortführer im Verfassungskonvent war.

Und auch aus einem anderen Grund könnten Nachverhandlungen von strategischer Bedeutung sein. In

einigen EU-Ländern – vornehmlich Dänemark, Schweden, Finnland, Irland, möglicherweise Frankreich sowie in einer großen Zahl der Beitrittsländer – finden Referenden zur Verfassung statt. Mit Nachverhandlungen, hoffen Europas Regierungen, demonstrieren sie den Bevölkerungen ihr europäisches Engagement. Noch immer lastet der Schrecken des irischen Referendums zum Nizza-Vertrag über der EU, das erst im zweiten Anlauf zu einem positiven Ergebnis führte. Dänemarks Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen informierte seine Landsleute bereits, was ein Votum gegen die Verfassung bedeute: ein Ende der dänischen EU-Mitgliedschaft.